

PRESSEMELDUNG

15. Juni 2023

Seite 1 von 2

Netzwerke Frühe Hilfen bundesweit etabliert

Neue Daten der NZFH-Kommunalbefragung zeigen Bedarf

In 97 Prozent der Kommunen in Deutschland mit einem Jugendamt war 2020 das Angebot der Familienhebamme oder der Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegenden vorhanden. Die Gesundheitsfachkräfte suchen Familien auf und kümmern sich mit ihnen um die gesunde Entwicklung und Versorgung von deren Baby oder Kleinkind. Damit hat sich die flächendeckende Ausweitung dieses Angebots seit 2013 fortgesetzt. Das ist eines der zentralen Ergebnisse der Kommunalbefragung des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH), an der sich bundesweit nahezu alle Kommunen mit einem Jugendamt beteiligt haben.

Prof. Dr. Martin Dietrich, Kommissarischer Direktor der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA): „Auch in der Zeit nach der Pandemie bleiben Unterstützungsangebote vor allem für Familien in schwierigen Lebenslagen wichtig. Daher freue ich mich über die Verbreitung der Frühen Hilfen in den Kommunen. Das gut ausgebaute Angebot kommt so immer mehr Familien bundesweit zu gute.“

Prof. Dr. Sabine Walper, Direktorin des Deutschen Jugendinstituts e. V. (DJI): „Die Kommunalbefragung des NZFH ist ein wichtiges Instrument für Bund, Länder und Kommunen, um das Erreichen von Entwicklungszielen sowie den Bedarf an Weiterentwicklung zu erkennen. Auf dieser Grundlage lassen sich weitere Schritte für die Zukunft der Frühen Hilfen ableiten.“

Die Kommunalbefragungen des NZFH sind seit 2013 wiederholte, standardisierte Vollbefragungen von Kommunen zum Stand des Auf- und Ausbaus der Frühen Hilfen in Deutschland. Die aktuellen Daten zeigen, dass in über 80 Prozent der Kommunen die Corona-Pandemie einen starken Einfluss auf die Frühen Hilfen hatte. Aufsuchende Angebote mussten während der Pandemie reduziert werden und in knapp 60 Prozent der Kommunen fielen Angebote weg, in die Familien vor der Pandemie vermittelt werden konnten. Gleichzeitig wurden in den meisten Kommunen neue Wege gefunden, um Familien zu erreichen und zu beraten.

In der Langzeitbeobachtung zeigt sich eine flächendeckende Sicherung und Ausweitung der zentralen Angebote der Frühen Hilfen: In 97 Prozent der Kommunen sind in der Regel

kostenfreie Eltern-Kind-Gruppen zu finden. 75 Prozent der Kommunen bieten zudem offene Sprechstunden für Eltern an.

Der Einsatz der Gesundheitsfachkräfte ist inzwischen weit verbreiteter Standard. Hierbei ist der Einsatz von Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegenden mittlerweile ebenso weit verbreitet wie der von Familienhebammen.

Ein positiver Trend zeichnet sich auch bei den Netzwerken Frühe Hilfen ab: Im Jahr 2020 gab es in Deutschland 939 Netzwerke Frühe Hilfen. Nur drei befragte Kommunen hatten kein Netzwerk. Die Zahl der Netzwerkkoordinierenden ist zwischen 2013 und 2020 um 25 Prozent auf 1.008 Personen gestiegen. Rund Dreiviertel der Personen sind mindestens zwei Jahre in dieser Funktion tätig.

Die Befragung des NZFH verdeutlicht darüber hinaus den weiteren Entwicklungsbedarf in den Frühen Hilfen. So stellten der Mangel an Fachkräften, aber auch fehlende finanzielle Mittel das größte Hindernis für den weiteren Ausbau des Angebots dar. Bei der Netzwerkkoordination Frühe Hilfen gaben mit 38 Prozent über ein Drittel der befragten Kommunen an, dass das Personalvolumen der Netzwerkkoordinierungsstellen nicht ausreicht. Gleichzeitig fehlten in über der Hälfte der befragten Kommunen Gesundheitsfachkräfte für eine bedarfsgerechte Versorgung.

Für die NZFH-Kommunalbefragung wurden im Frühjahr 2021 zum Stichtag 31.12.2020 insgesamt 570 Kommunen online befragt. Die Informationen und Ergebnisse zur Kommunalbefragung stehen unter: <https://www.fruehehilfen.de/forschung-im-nzfh/implementierungsforschung/kommunalbefragungen/kommunalbefragungen-ausgewaehlte-ergebnisse/>

Nationales Zentrum Frühe Hilfen

Träger des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) ist die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut e. V. (DJI). Das NZFH wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Es unterstützt seit 2007 die Fachpraxis dabei, familiäre Belastungen und Ressourcen frühzeitig zu erkennen, qualitätsgesicherte bedarfsgerechte Angebote bereitzustellen und die Vernetzung der unterschiedlichen Berufsgruppen zu fördern.

Kontakt:

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
K 1 – Presse und Öffentlichkeitsarbeit, übergreifende Kommunikation
Maarweg 149–161
50825 Köln
pressestelle@bzga.de
www.bzga.de
[www.twitter.com/bzga_de](https://twitter.com/bzga_de)
www.facebook.com/bzga.de
<https://social.bund.de/@bzga>

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ist eine Fachbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit